

**ANFRAGE** von Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) und Christoph Marty (SVP, Zürich)

betreffend UNO-Bericht: Darf «systemischer Rassismus» als Ausrede für Straftäter dienen?

---

Chancengleichheit unabhängig von ethnischer oder religiöser Herkunft sind wichtige Voraussetzungen in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Die Schweiz und der Kanton Zürich verfügen hierbei über eine lange Tradition im Umgang mit Minderheiten und Migrantinnen und Migranten. Viele Menschen würden wohl sehr viel darum geben, hier leben zu können und die meisten, die diese Chance bekommen haben, sind auch bemüht, sich erfolgreich in die Gesellschaft zu integrieren. Jene, die es nicht schaffen oder nicht wollen, gibt es aber auch und dadurch wird die Gesellschaft vor grosse Herausforderungen gestellt, oft verbunden mit hohen Kosten. In diesem Kontext ist die Eigenverantwortung der einzelnen Personen für ihre Handlungen und der daraus resultierenden Konsequenzen sehr wichtig. Ideologisch gefärbte Pauschalisierungen durch Experten sind genauso unproduktiv wie persönliche Vorurteile aufgrund schlechter Erfahrungen mit anderen. Daher hat der aktuelle und tendenziöse UNO-Bericht doch einige Brisanz für unsere Gesellschaft.

Justizdirektorin Jacqueline Fehr erwartete vom UNO-Sonderberichterstatter Nils Melzer einen Besuch in der JVA Pöschwies. Sie forderte ihn geradezu auf, sich selber ein Bild von den Umständen und Vorgängen rund um den Fall «Brian» zu machen. Insbesondere da Herr Melzer massive Vorwürfe an den Zürcher Strafvollzug gerichtet hat. Nils Melzer kam bisher nicht dazu, den Zürcher Strafvollzug zu visitieren, dafür kam seine UNO-Kollegin, Frau Dominique Day von der UN-Arbeitsgruppe für Menschen aus Afrika. Aus den Medien konnte man dann letzte Woche vernehmen, dass es, gemäss Bericht dieser UN-Arbeitsgruppe, im Kanton Zürich «ein krasses Beispiel für systemischen Rassismus» gibt. Zwar trat Jérôme Endrass, stellvertretender Leiter des Zürcher Amtes für Justizvollzug, den Rassismus-Vorwürfen im Fall «Brian» entgegen und sprach von Problemen mit psychisch kranken und sehr gewalttätigen Straftätern, trotzdem bleiben nun ein paar offene Fragen zurück.

In diesem Sinne bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den aktuellen Fall rund um «Brian», sieht er ebenfalls nur einen Fall im Zusammenhang mit psychischen Problemen von solchen Tätern?
2. Falls ja, wie will der Regierungsrat mit den Rassismus-Vorwürfen der UNO-Arbeitsgruppe umgehen? Ist er bereit, diese Verleumdung im Sinne der Reputation klar zurückzuweisen?
3. Wurde die UNO-Arbeitsgruppe eingeladen oder ist sie von sich aus in den Kanton Zürich zu Besuch gekommen?
4. Stehen der Besuch und der UNO-Bericht in einem Zusammenhang mit den Aktivitäten von Herrn Melzer und sind dem Kanton Zürich daraus Kosten entstanden, wenn ja wie viel?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Gesamtsituation im Angesicht der Vorwürfe, wie steht der Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Justizsystemen in Punkto Rassismus da?

6. Auf wie viel belaufen sich die bisher aufgelaufenen Gesamtkosten für die Settings und den Strafvollzug im Fall «Brian»?

Daniel Wäfler  
Nina Fehr Düsel  
Christoph Marty